

## Überschüsse sinnvoll verwenden

Die FAK wurde gegründet, um Familien zu unterstützen - genau dieses Ziel wird mit der Initiative verfolgt. Es sollen unter anderem Kita-Plätze subventioniert werden, um Familien zu entlasten. Warum soll das verkehrt sein? Es kommen neue Felder zu den bereits bestehenden dazu (Kindergeld, Alleinerziehendenzulage, Geburtenzulage). Diese werden nicht ersetzt. Es muss sich also niemand fürchten, dass die bestehenden Kinderzulagen gestrichen werden. Die Gegner argumentieren, es handle sich um eine Ungleichbehandlung der Familienmodelle. Der Entscheid, vollumfänglich für seine Kinder da zu sein, werde abgewertet. Doch wer sagt dies? Seien wir doch ehrlich: Wer sich leisten kann, dass ein Elternteil komplett auf seine Erwerbstätigkeit (und damit seinen Lohn, seine Vorsorge fürs Alter, aber vor allem auf seine Tätigkeit im erlernten Beruf) verzichtet, ist normalerweise nicht auf finanzielle Unterstützung angewiesen. Denn die, die das Geld brauchen, müssen heute schon einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Echte Wahlfreiheit ist nämlich nicht gegeben, damit zu argumentieren ist ein Affront gegen alle Alleinerziehenden und Working Poors. Die Familienpolitik in Liechtenstein ist sehr konservativ und steht seit Jahren still. Die Wirtschaftskammer hat erkannt, dass es Zeit ist, etwas zu ändern. Die FAK hat Überschüsse in Millionenhöhe, warum diese Gelder nicht sinnvoll für Familien verwenden? Schade ist, dass die Diskussion nicht sachlich geführt wird, sondern emotional - es werden Ängste und Neid geschürt. Wollen die Gegner eine Giesskannenförderung aller Familien (unabhängig vom gewählten Modell und der Einkommenssituation), finanziert aus der FAK, in der zu 97 Prozent die Arbeitgeber - also indirekt die nicht selbstständig Erwerbstätigen - einbezahlen?? Dann müsste sich die Familienpolitik generell verändern. Nämlich in Richtung längerer bezahlter Elternzeit, die sich beide Elternteile teilen, höherer Kinderzulagen, besserer Chancen für Teilzeitarbeitnehmer, etc. Es ist ein Fakt, dass die vorliegende Initiative nicht

alle Themen der Vereinbarkeit löst und lösen kann. Diesen Anspruch erhebt sie aber auch gar nicht. Unsere Gesetzesvertreter sind gefordert, sie müssen sich dieses Themas annehmen. Eins ist klar: Mit gesellschaftspolitischen Themen fängt man keine Stimmen, somit ist abzuwarten, dass ein Nein zu dieser Initiative als fehlendes Interesse und fehlende Notwendigkeit gewertet würde und der Stillstand bleibt. Das eine tun und das andere nicht lassen! Daher: ein klares Ja.

Christina Zimmer,  
Fürst-Franz-Josef-Strasse 46, Mauren